



# FragDenStaat.de

Jahresbericht

---



## Inhalt

2020.....	4
Stimmen zur Informationsfreiheit und FragDenStaat .....	5
Gesetzeslage in Bund und Ländern .....	6
Das Jahr 2020 in Anfragen.....	8
2020 in Zahlen .....	10
Ausblick 2021 .....	13
Partner.....	14
Impressum.....	14

## 2020.



**Judith Doleschal,**  
*Projektmitarbeiterin*  
*FragDenStaat*

Die Corona-Pandemie hat das Jahr 2020 ganz schön durcheinander gebracht - auch bei uns. Einen Großteil des Jahres arbeiteten wir im Homeoffice. Es zeigte sich, wie wichtig Transparenz für die Nachvollziehbarkeit und Akzeptanz politischer Entscheidungen gerade in einer Krise ist: Unsere Besucherzahlen nahmen stark zu. In diesem von Unsicherheit geprägten Jahr wurden IFG-Anfragen einmal mehr ein Werkzeug zur Selbstermächtigung.

Rückblickend war 2020 ein erfolgreiches Jahr für FragDenStaat. 12.286 neue Nutzer:innen, 16 eingereichte Klagen, 3 neue Kampagnen und insgesamt 33.384 Anfragen. Gewachsen ist auch unser hauptamtliches Team: 2020 hatten wir insgesamt 10 Teammitglieder! Neue ehrenamtliche Jurist:innen und Moderatoren unterstützen uns zusätzlich tatkräftig.

Auch unser Unterstützer:innenkreis hat sich über unsere Erwartungen hinaus vergrößert, sodass wir dank Ihrer Spenden zunehmend unabhängig agieren und weiter für Transparenz kämpfen können. Bleiben Sie mit uns dran, denn wir haben noch viel vor!

---

Mit besten Grüßen

---

Judith Doleschal

## Stimmen zu FragDenStaat



**Peter Schaar**, *Vorsitzender Europäische Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz, Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit a.D.*

„Wem beim Thema Internet nur technokratische oder wirtschaftliche Aspekte einfallen, der hat nichts vom demokratischen Potential verstanden, das vielen neuen Technologien innewohnt. Eine lebendige und demokratische Informationsgesellschaft lebt vom aktiven Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Projekte wie FragDenStaat leisten dazu einen wichtigen Beitrag.“

**Julia Stein**, *1. Vorsitzende netzwerk recherche*

„Das ‚Amtsgeheimnis‘ dient Behörden und Ministerien gerne als Vorwand, eine Auskunft zu verweigern. Und häufig wissen sie nicht einmal, zu welcher Transparenz sie durch das Informationsfreiheitsrecht verpflichtet sind. FragDenStaat hilft! Und es erleichtert Journalist\*innen den Zugang, den sie einfordern können und müssen.“



**Helen Darbshire**, *Executive Director Access Info Europe*

„Civic tech request platforms such as the excellent FragDenStaat have three important benefits. First, they lower the psychological barrier to exercising the right to information by making it easy to ask. Second, they gather data on the nature of responses and denials, rendering transparency levels of government compliance with the right. Third, they put information that has been released within reach of all of society.“



**Hans-Martin Tillack**, *investigativer Journalist beim Stern*

„Die Forderung nach Informationsfreiheit, nach dem Zugang zu internen Unterlagen von Behörden – das gilt manchen Beamten und Politikern immer noch als Majestätsbeleidigung. Je mehr Menschen dieses Recht dennoch in Anspruch nehmen, je selbstverständlicher Informationsfreiheit wird, desto mehr werden diejenigen in den Ministerien und Ämtern umlernen müssen, die weiterhin glauben, Behördenakten seien so etwas wie ihr Privatbesitz. Denn sie sind es nicht. Die Verwaltung arbeitet für die Bürger. Deshalb brauchen die Bürger Kontrollrechte. Und darum ist ein Projekt wie FragDenStaat so wichtig.“



**Prof. Edda Müller**, *ehemalige Vorsitzende von Transparency International Deutschland*

„Transparency Deutschland unterstützt FragDenStaat, weil Informationsfreiheit eines der mächtigsten Werkzeuge gegen intransparente Entscheidungen von Regierungen und Verwaltungen sowie Korruptionsgefahren ist. Durch FragDenStaat wird dieses Instrument für viele Bürger handhabbar und nutzbar – daher ist das Portal für die Korruptionsbekämpfung in Deutschland so hilfreich.“



## Gesetzeslage in Bund und Ländern

Die Gesetzeslage der Informationsfreiheit hat sich 2020 teilweise geändert.

Nachdem die Landesregierung in **Baden-Württemberg** selbst nicht aktiv wurde, hat der LfDI eine Evaluation des IFG erstellt. Die Evaluation soll Anfang 2021 vorgestellt werden.

**Bayern** ist nach wie vor eines der wenigen Bundesländer ohne IFG. Eine Verbesserung ist nicht in Sicht.

In **Berlin** legte der Senat endlich einen Entwurf für ein Transparenzgesetz vor. Die Qualität des Entwurfs können wir nicht bewerten, da er nicht öffentlich ist. Währenddessen dauert die Prüfung des Volksentscheid Transparenz an.

In **Brandenburg** und **Bremen** gab es 2020 keine Veränderungen.

Die Reform des **Hamburger** Transparenzgesetzes trat im Januar 2020 in Kraft. Zwar wurden der Anwendungsbereich und die Zuständigkeiten des LfGI erweitert, aber insgesamt kann man von einer Verschlechterung sprechen: Anonyme Anträge sind nicht mehr möglich und die Antwortfristen wurden verlängert.

In **Hessen** und **Mecklenburg-Vorpommern** ist auf Gesetzesebene nichts passiert, obwohl Verbesserungen dringend nötig wären. Ebenso wie in **Niedersachsen**, wo es immer noch kein IFG gibt. In **Nordrhein-Westfalen** ist auch alles beim Alten.

Seit **Rheinland-Pfalz** 2015 sein Transparenzgesetz beschloss, wurden die Veröffentlichungen stufenweise umgesetzt. Ab Januar 2021 müssen alle veröffentlichungspflichtigen Behörden Informationen aktiv auf der neuen Transparenzplattform zur Verfügung stellen.

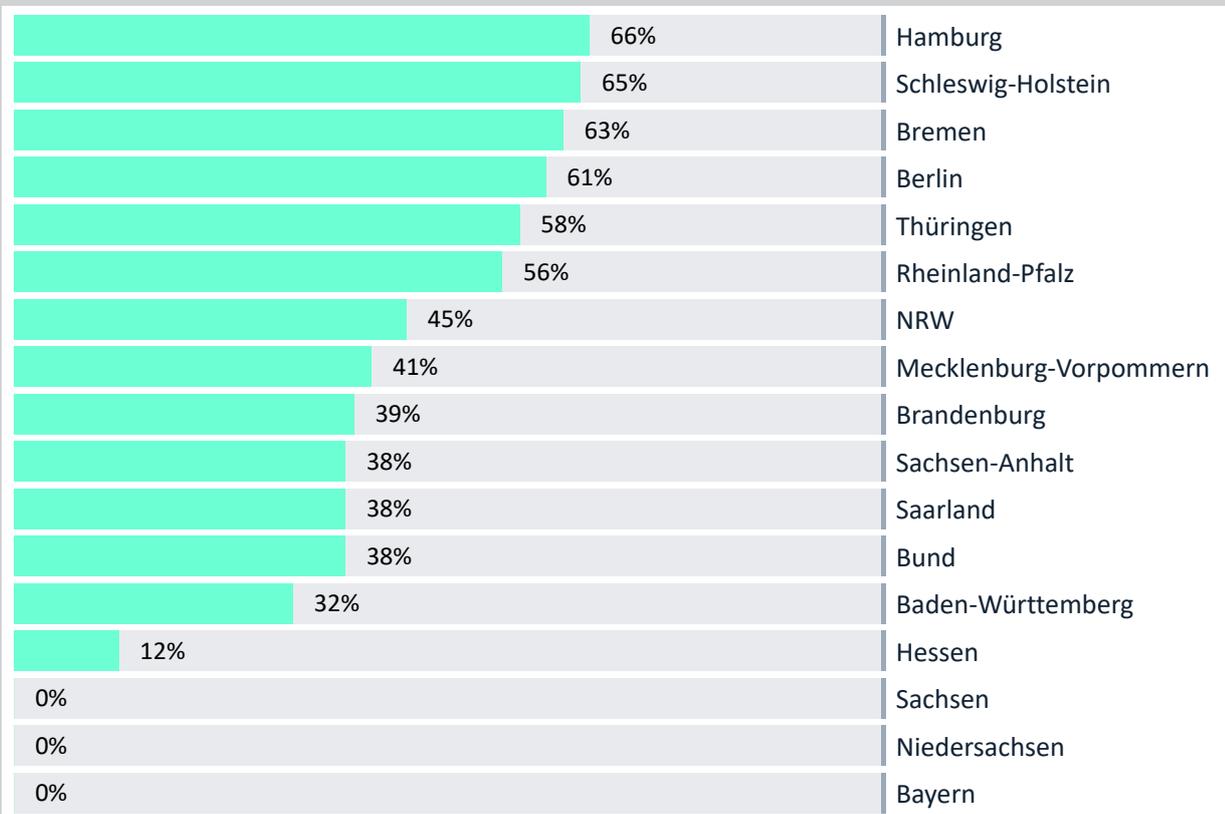
Im **Saarland** hat sich 2020 nichts getan.

Die Koalition in **Sachsen** beharrt weiterhin darauf, dass sie ein Transparenzgesetz einführen möchte - dafür getan hat sie noch nichts.

Dem IFG **Sachsen-Anhalt** steht eine Reform bevor. Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt dem Parlament vor. Unter anderem sind leichte Verbesserungen beim Anwendungsbereich vorgesehen.

**Schleswig-Holstein** richtete im Januar 2020 ein Transparenzportal ein. Behörden sollen dort wichtige Informationen sowie Antworten auf IFG-Anfragen zur Verfügung stellen - ein begrüßenswerter Ansatz nach dem "access to one, access to all"-Prinzip. Eine Pflicht zur Veröffentlichung besteht jedoch nicht.

In **Thüringen** trat im Januar 2020 das Transparenzgesetz in Kraft. Auf der Transparenzplattform des Landes müssen wenige wichtige Informationen aktiv veröffentlicht werden, für Anträge besteht eine Gebührendeckelung bei 500€.



*Auf [transparenzranking.de](http://transparenzranking.de) vergleichen wir alle Informationsfreiheitsgesetze Deutschlands anhand von 40 Indikatoren*

## Das Jahr 2020 in Anfragen

### Lebensmittelhygiene, Mietenpolitik und Umweltschutz

Unsere Kampagnen ermöglichen es uns gemeinsam mit der Community, Transparenz in unterschiedliche politische Themenfelder zu bringen. Mit der „Mission Fleisch“ geht unsere „Topf Secret“-Partnerschaft mit foodwatch in die nächste Runde: Zusammen scheinen wir ein Licht auf die hygienischen Zustände in der Fleischindustrie, auch wenn Tönnies und Co. sich wehren. Mit „Spekulation abwenden!“ geben wir Mieter:innen in Berlin Einblicke in Verträge, die ihr Haus und damit ihre Mietrechte betreffen. Mit dem „Klima-Gebäude-Check“ decken wir gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe auf, was jede einzelne Kommune für den Klimaschutz tut.

### Zensurheberrecht und weitere Klage-Erfolge

2020 war es soweit: Vor dem Landgericht Köln haben wir endlich ein wegweisendes Urteil zum Zensurheberrecht erreicht. Unsere Veröffentlichung eines Glyphosat-Gutachtens ist keine Urheberrechtsverletzung, weil das Bundesinstitut nicht nur uns, sondern nach unserer Anfrage-Aktion Mitte 2019 mehr als 45.000 weiteren Menschen das Gutachten zugesandt hat. Im Falle der Afghanistan-Papiere gab es ebenfalls einen Sieg gegen das Zensurheberrecht. Nach sieben Jahren hat der Bundesgerichtshof geurteilt, dass die Veröffentlichung rechtmäßig ist und das Urheberrecht nur vorgeschoben wurde, um missliebige Berichterstattung zu behindern.

Das Verwaltungsgericht Berlin hat entschieden, dass auch nicht veraktete Informationen – z. B. Twitter-Direktnachrichten von Ministerien! – dem Informationsfreiheitsgesetz unterfallen. Wenn Beamte private Kommunikationskanäle nutzen, können sie sich damit nicht der Transparenzpflicht entziehen. Das Bundesinnenministerium ist damit nicht einverstanden, daher geht's 2021 damit vors Bundesverwaltungsgericht. Daneben hat das Oberverwaltungsgericht Berlin entschieden, dass Protokolle des wissenschaftlichen Beirats im Bundesfinanzministerium herausgegeben werden müssen.



### Prinzenfonds

Mit dem „Prinzenfonds“ unterstützen wir Journalist:innen und Historiker:innen, die von dem Hohenzollern-Prinz Georg Friedrich von Preußen aufgrund von ihm unerwünschter Berichterstattung abgemahnt und verklagt werden. Die Resonanz war enorm: Über 50.000 Euro haben wir bereits gesammelt!

## Frontex

Auch 2020 haben wir uns wieder schwerpunktmäßig mit Frontex beschäftigt. Wir haben belegt, dass die EU-Grenzpolizei Frontex auch bei Menschenrechtsverletzungen keine ernsthaften internen Untersuchungen anstrengt, sondern dies vielmehr unter den Teppich kehrt. Unsere Transparenzrecherchen haben dazu geführt, dass uns Frontex verklagt hat.

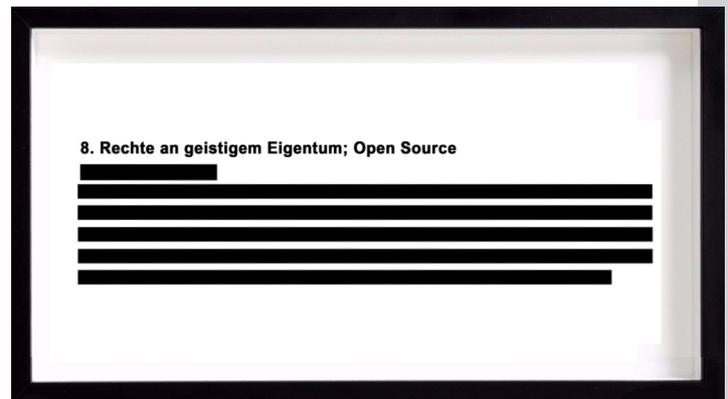
## IFG-Meisterschaften

Tippspiel, Sammelsticker und ein harter Kampf – die IFG-Meisterschaften 2020 haben keine Wünsche offen gelassen. Dieses mal haben wir die 16 Bundesländer gegeneinander antreten lassen und damit ein besonderes Augenmerk auf die verschiedenen Informationsfreiheits- sowie Transparenz-Ländergesetze gelegt. Gewonnen hat Schleswig-Holstein, das jede Runde schnell geantwortet und schließlich proaktiv Informationen veröffentlicht haben.

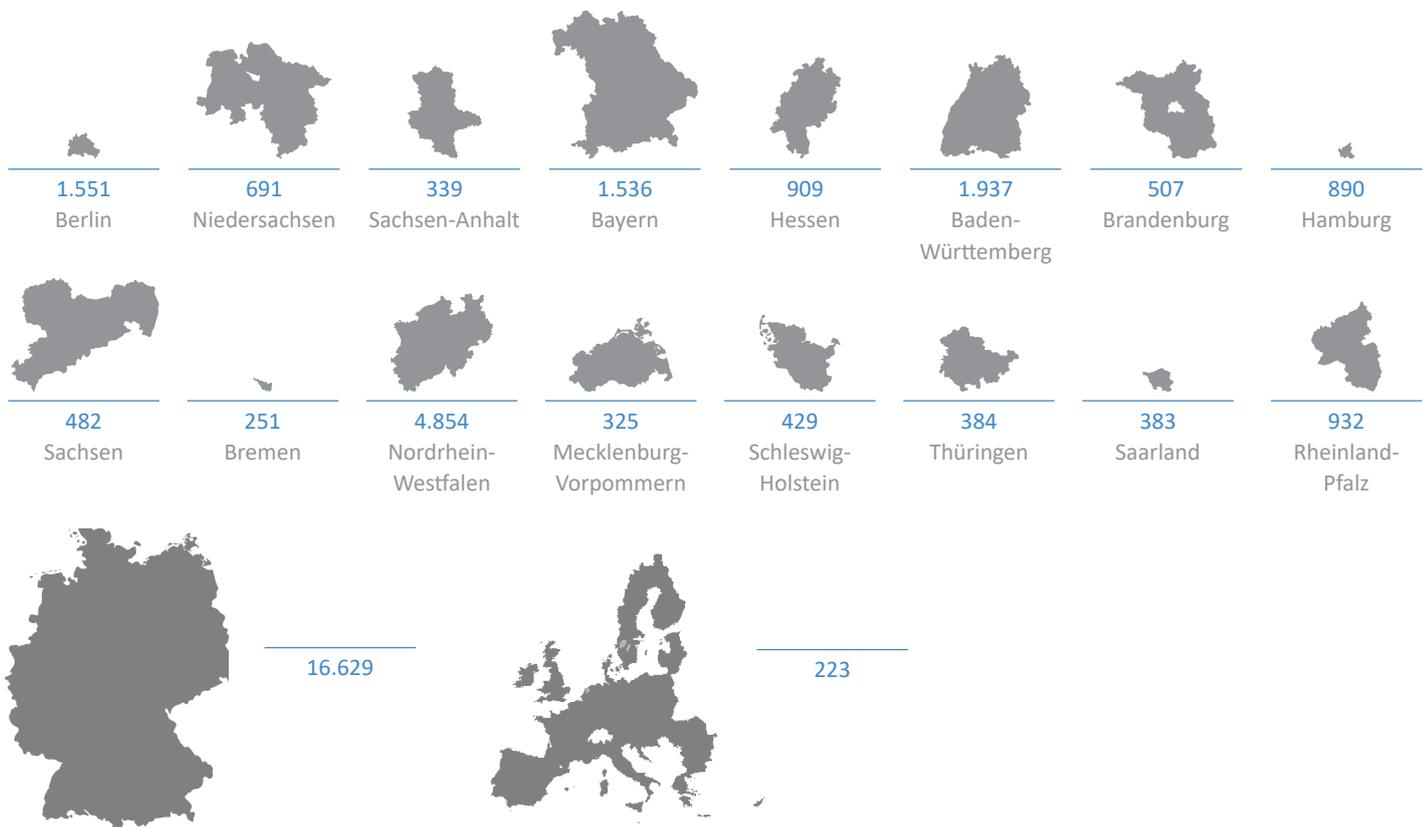
## Corona-Krisenjahr

Die Corona-Pandemie hat auch uns bei FragDenStaat beschäftigt. So haben wir unter anderem Anfang April das Strategiepapier des Bundesinnenministeriums, über das viele Medien sprachen, für alle zugänglich gemacht. Weitere Lagebilder sowie Recherchen zur Rechtmäßigkeit von Maßnahmen folgten. Die Kunstedition-2020 ist ein geschwätzte Passage aus dem Vertrag zwischen dem Gesund-

heitsministerium und SAP zur Corona-Warn-App – ausgerechnet zum Thema Urheberrecht und Open Source



## IFG-Anfragen über FragDenStaat 2020



### Antwortquote

33.384 Anfragen gesamt; davon

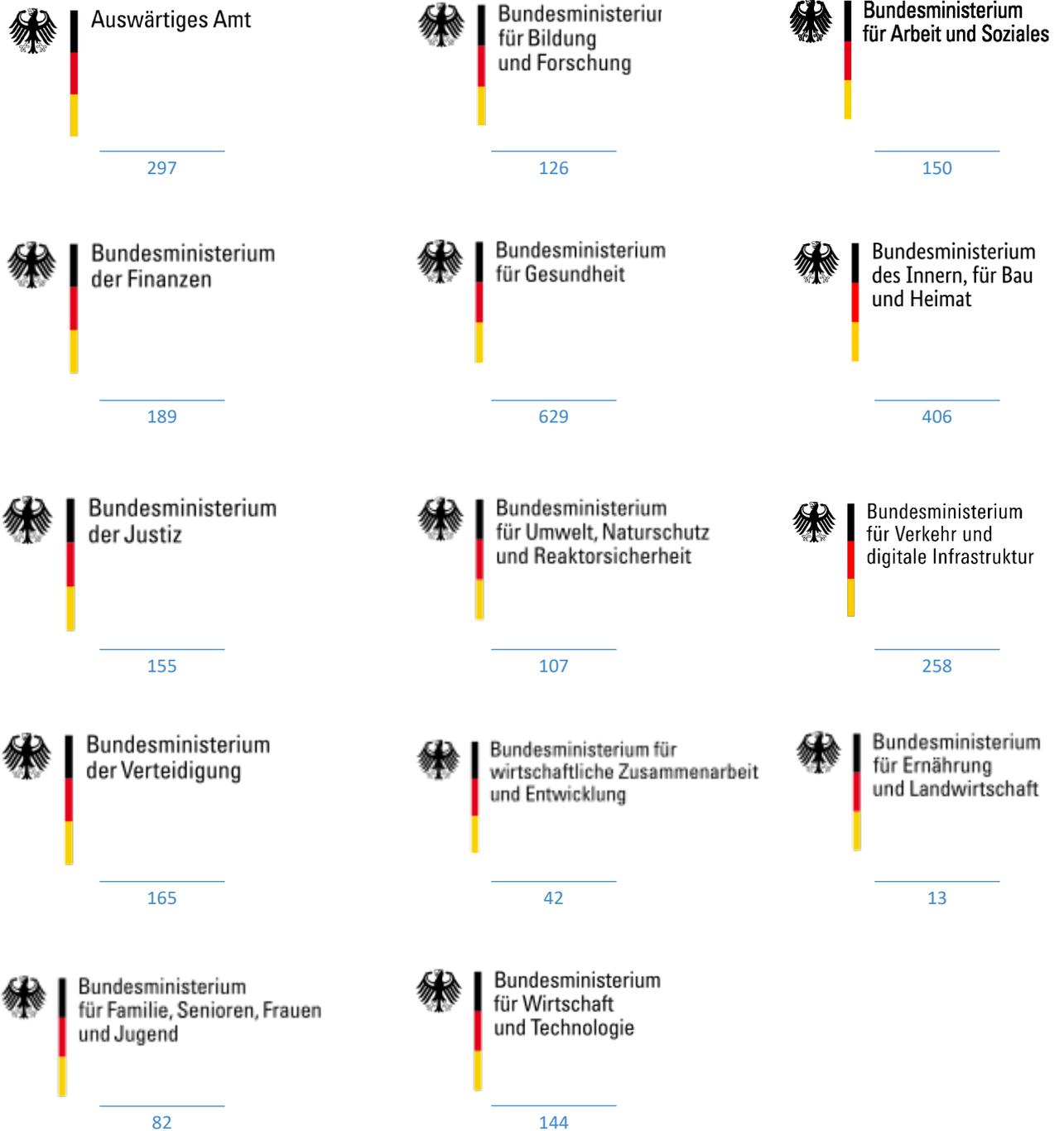
- 1 9.816: (teilweise) erfolgreich
- 2 2.750: Information nicht vorhanden
- 4 1.961: abgelehnt
- 5 1.325: (wegen Kosten) zurückgezogen
- 6 17.532: noch nicht abgeschlossen / nicht klassifiziert

### Webseitenstatistik



5,9 Millionen  
Seitenansichten

## IFG-Anfragen nach Bundesministerien



## FragDenStaat-Finanzen 2020

### Einnahmen

Spenden	258.295,60€
Förderung Schöpflin-Stiftung	74.704,00€
Förderung Guerilla Foundation	13.500,00€
Förderung Wegrand-Stiftung	20.000,00€
Honorare	4.440,52€
FDS-Shop (2020 geschlossen)	272,28€
Sonstiges	<u>18.163,98€</u>
	= 389.376,14€

### Ausgaben

Material und Technik	-8.874,72€
Fortbildungen	-2.114,06€
Widersprüche und Gebühren	-4.636,69€
Klagen	-28.239,91€
Personalkosten	-312.268,91€
Verwaltung, Sonstiges	<u>-6.170,99€</u>
	=-362.304,58€
	<u><u>27.071,56€</u></u>
Prinzenfonds Spenden	56.606,00€

Das Plus von rund 27.000€ investieren wir in drei neue Stellen im FragDenStaat-Team, die 2021 geschaffen werden.

## Ausblick 2021

### 2021 haben wir uns einiges vorgenommen:

#### 1– Automatisierte Widersprüche

Noch viel zu oft werden IFG-Anfragen unrechtmäßig abgelehnt. Um dagegen vorzugehen, wollen wir es anderen Menschen erleichtern, Widersprüche einzulegen und damit die Informationsfreiheit rechtlich durchzusetzen – auch ohne Jura-Studium.

#### 2– Dokumentensystem ausbauen

FragDenStaat bietet nicht nur Infrastruktur für das Stellen von Anfragen, sondern ist auch ein riesiger Wissensspeicher von erfolgreichen Anfragen und veröffentlichten Dokumenten. Dieses Archiv wollen wir zugänglicher gestalten und die vorhandenen Informationen besser aufbereiten.

#### 3– Klage- und Urteilsdatenbank

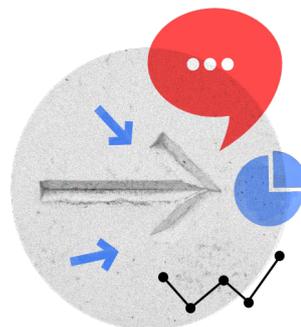
Jedes Jahr werden zahlreiche Klagen zu Informationsfreiheit eingereicht und verhandelt – nicht nur von FragDenStaat, sondern auch von anderen AktivistInnen und JournalistInnen. All diese Klagen und die dazugehörigen Urteile wollen wir in einer öffentlichen Datenbank sammeln, auch um zukünftige Klagen zu erleichtern und besser vorzubereiten.

#### 4– Redesign FragDenStaat

Das User Interface von FragDenStaat ist etwas in die Jahre gekommen. Wir wollen beispielsweise den Antragsprozess und die Anfrageverwaltung behutsam erneuern und die Website so noch für mehr Menschen zugänglich gestalten. Feedback für uns? Gerne auf Github und im Forum!

#### 5-Multiplikator:innen ausbilden

In den vergangenen zehn Jahren konnten wir viel lernen. Dieses Wissen wollen wir weitergeben. So veranstalten wir im August die erste FragDenStaat-Summer School. Eine Woche lang wollen wir Mitarbeitende von NGOs, Journalist:innen und weitere Aktivist:innen mithilfe von Seminaren, Workshops und Ausflügen das Thema Informationsfreiheit näher bringen und sie schulen. Daneben starten wir eine Taskforce, die sich vor allem auf das Umweltinformationsrecht spezialisiert, und zivilgesellschaftliche Organisationen aus der Klima-Bewegung aktiv bei Aktionen, Kampagnen und Klagen unterstützt.



## PartnerInnen



abgeordneten-  
watch.de

 Gesellschaft für Freiheitsrechte

Gesellschaft für Frei-  
heitsrechte

access  
**!Nfo**

Access Info

**foodwatch**<sup>©</sup>  
die essensretter

foodwatch

**MEHR  
DEMOKRATIE** 

Mehr Demokratie

**dgif** Deutsche Gesellschaft  
für Informationsfreiheit

Deutsche Gesellschaft  
für Informationsfreiheit

**nr** netzwerk  
recherche

netzwerk recherche

**REPORTER  
OHNE GRENZEN**  
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT

Reporter ohne Grenzen



Chaos Computer Club

 Deutsche Umwelthilfe

Deutsche Umwelthilfe

 **WIKIMEDIA  
DEUTSCHLAND**

Wikimedia Deutschland

## Impressum:

FragDenStaat ist ein Projekt der gemeinnützigen Open Knowledge Foundation.

V.i.S.d.P. Arne Semsrott c/o Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.,  
Singerstr. 109, 10179 Berlin  
okfn.de, fragdenstaat.de, info@fragdenstaat.de

**FragDenStaat-Team 2020:** Layla Ansari, Judith Doleschal, Phillip Hofmann,  
Carina Kremmling, Max Kronmüller, Magdalena Noffke, Lea Pfau, Arne Semsrott,  
Stefan Wehrmeyer, Gregor Weichbrodt